

Oberösterreichischer



Landesrechnungshof

Gutachten

*Marktgemeinde*

*Thalheim bei Wels*

Bericht

**Auskünfte**

Oberösterreichischer Landesrechnungshof

A-4020 Linz, Schubertstraße 4

Telefon: #43(0)732/7720-11426

Fax: #43(0)732/7720-14089

E-mail: [post@lrh-ooe.at](mailto:post@lrh-ooe.at)

**Impressum**

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof  
A-4020 Linz, Schubertstraße 4

Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof  
Herausgegeben: Linz, im Juli 2006

## Inhaltsverzeichnis

<b>Kurzfassung.....</b>	<b>1</b>
<b>Strukturelle Entwicklung der Marktgemeinde .....</b>	<b>3</b>
<b>Organisation .....</b>	<b>3</b>
Aufbauorganisation .....	3
Ablauforganisation .....	3
Wirkungsorientierte Verwaltungsführung .....	4
Personalstand und Dienstposten .....	4
<b>Haushalts- und Finanzsituation .....</b>	<b>5</b>
Haushaltsergebnisse .....	5
Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung .....	6
Laufende Gebarung.....	7
<b>Öffentliches Sparen im Überblick.....</b>	<b>7</b>
<b>Eigene Steuern .....</b>	<b>8</b>
<b>Ertragsanteile .....</b>	<b>8</b>
<b>Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen.....</b>	<b>8</b>
<b>Personalaufwand.....</b>	<b>9</b>
<b>Verwaltungs- und Betriebsaufwand.....</b>	<b>9</b>
<b>Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts.....</b>	<b>9</b>
Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen .....	9
<b>Einnahmenentwicklung.....</b>	<b>9</b>
<b>Ausgabenentwicklung .....</b>	<b>9</b>
Finanztransaktionen .....	10
<b>Einnahmenentwicklung.....</b>	<b>10</b>
<b>Ausgabenentwicklung .....</b>	<b>10</b>
Mittelfristige Finanzplanung 2006 – 2009 .....	10
<b>Budgetspitze .....</b>	<b>10</b>
<b>Maastricht-Ergebnis .....</b>	<b>10</b>
<b>Investitionsplan.....</b>	<b>11</b>
Verschuldung .....	11
<b>Stand an Darlehen und sonstigen Finanzverbindlichkeiten .....</b>	<b>11</b>

<b>Auswirkungen der Schuldenlast auf den Haushalt.....</b>	<b>11</b>
Rücklagen .....	12
Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen .....	12
<b>Kindergarten .....</b>	<b>12</b>
<b>Krabbelstube .....</b>	<b>13</b>
<b>Schülerhort .....</b>	<b>13</b>
<b>Wasserversorgung .....</b>	<b>13</b>
<b>Abwasserbeseitigung.....</b>	<b>14</b>
Sonstige Feststellungen .....	14
<b>Förderwesen .....</b>	<b>14</b>
<b>Feuerwehren .....</b>	<b>15</b>
<b>Globalbudget .....</b>	<b>15</b>
Außerordentliche Vorhaben.....	15
<b>VS, Hort, Turnsaal, Energiesparmaßnahmen.....</b>	<b>15</b>
<b>Kommunalgebäude .....</b>	<b>15</b>
<b>Gemeindezentrum mit Veranstaltungssaal .....</b>	<b>16</b>
<b>Mögliche Alternativen.....</b>	<b>17</b>

## Abkürzungsverzeichnis / Glossar

<b>Begriff</b>	<b>Erklärung</b>
<b>A</b>	
ABA	Abwasserbeseitigungsanlagen
ao. H.	außerordentlicher Haushalt
<b>B</b>	
BZ	Bedarfszuweisung
<b>E</b>	
ESVG 95	Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung aus 1995
<b>F</b>	
FF	Freiwillige Feuerwehr(en)
<b>G</b>	
GemHKRO	Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung
<b>I</b>	
IB	Interessentenbeiträge
<b>K</b>	
KG	Kindergarten
KTZ	Kapitaltransferzahlungen
KZ	Kennziffer
<b>L</b>	
LGBL	Landesgesetzblatt
LMS	Landesmusikschule
LRH	Landesrechnungshof
LTZ	Laufende Transferzahlungen
<b>M</b>	
MFP	Mittelfristiger Finanzplan
<b>O</b>	
o. A.	ordentlichen Ausgaben
o. H.	ordentlicher Haushalt
<b>P</b>	
PE	Personaleinheit
QSP	Quote öffentlichen Sparens

**R**

ROG Raumordnungsgesetz

RQ Rechnungsquerschnitt

**S**

SHV Sozialhilfeverband

**T**

TZ Transferzahlung

**V**

VA Voranschlag

VRV Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung

VS Volksschule

**W**

WVA Wasserversorgungsanlage

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in der Zeit vom 8.3.2006 bis 10.4.2006 über Ersuchen der zuständigen Gemeindeferenten Landesrat Josef Ackerl und Landesrat Dr. Josef Stockinger vom 18.01.2006 ein Gutachten im Sinne des § 4 Abs. 7 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 8 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 idgF über die Gebarung der Marktgemeinde Thalheim bei Wels, politischer Bezirk Wels-Land, erstellt.

Schwerpunkte des Gutachtens waren mögliche Einsparungspotentiale im ordentlichen Haushalt, die Organisation der Gemeindeverwaltung, die Personalausgaben und der angedachte Neubau des Gemeindeamtes mit Veranstaltungssaal.

Ziele des Gutachtens waren:

- die Bewertung der finanziellen Lage und Aufzeigen von Einsparungspotentialen sowie Optimierung der Einnahmensituation,
- die Feststellung und Beurteilung der Gebarungsentwicklung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit,
- die Beurteilung der Aufbau- und Ablauforganisation sowie der strategischen Ausrichtung der Gemeindeverwaltung und
- die Prüfung der Notwendigkeit des Neubaus eines Gemeindeamtes sowie das Aufzeigen von kostengünstigeren Alternativen.

Die finanzielle Entwicklung des Gesamthaushaltes wurde auf Basis der Rechnungsquerschnitte im Zeitablauf 2003 - 2005 aufgearbeitet und in Beziehung gestellt. Bei Bedarf wurden Ergebnisse aus Vorjahren und Prognosewerte für die Zukunft aus der mittelfristigen Finanzplanung in die Finanzanalyse miteinbezogen.

Zur Beurteilung der Gebarungsführung war es notwendig, neben finanzwirtschaftlichen Aspekten auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Das Prüfungsteam setzte sich aus Josef Binder als Prüfungsleiter und Josef Lenglachner zusammen.

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde dem Bürgermeister in der Schlussbesprechung am 19.6.2006 zur Kenntnis gebracht.

Nachstehend werden in der Regel punktwweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), *die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck)* sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Im Regelfall wurden Beträge kaufmännisch gerundet.

## Kurzfassung

**(1) Die Marktgemeinde Thalheim bei Wels (5.600 Einwohner) hat sich durch eine aktive Betriebsansiedlungspolitik als Wirtschaftsstandort etabliert und ist als beliebte Wohngemeinde stark gewachsen. Sie kooperiert mit der Stadt Wels und nutzt ihre Infrastruktur.**

**(2) Thalheim zählt zu den finanzkräftigsten Gemeinden des Landes. Sie war bislang auch um eine wirtschaftliche Haushaltsführung und um eine relativ geringe Schuldenlast bemüht. Dennoch hat sich der Überschuss aus der laufenden Gebarung in den letzten Jahren stets verringert.** Die Quote öffentlichen Sparens sank seit dem Jahr 2000 von 38 % auf 14,3 % im Jahr 2005. Durch das Einsetzen hoher Leasingraten, ständig ansteigender Transferzahlungen an Gebietskörperschaften sowie Einnahmerückgänge bei Interessentenleistungen fiel die Sparquote stark ab. Die mittelfristige Finanzplanung (MFP) prognostiziert bis 2009 einen leichten Anstieg der öffentlichen Sparquote auf ca. 15 %. Nach Berücksichtigung der Abgangsdeckungen für außerordentliche Vorhaben und der im MFP vorgesehenen Investitionen verbleibt 2006 bis 2009 eine freie Budgetspitze von insgesamt rd. 160.000 Euro. Diese kann sich bei entsprechender Verwertung des neu geschaffenen ca. 150.000 m<sup>2</sup> großen Betriebsbaugebietes und der innerörtlichen Betriebsansiedelungen deutlich erhöhen.

(3) Der ordentliche Haushalt (o. H.) wies durch Interessentenbeiträge und Gebührenüberhänge der Abwasserbeseitigung bis 2005 stets geringe Überschüsse aus. Im außerordentlichen Haushalt (ao. H.) führten insbesondere der Straßenbau sowie die Errichtung des „Trodatsteges“ und des Altstoffsammelzentrums zu hohen Fehlbeträgen, weil die Marktgemeinde ihre geplanten Beitragsleistungen nicht in voller Höhe erbringen konnte. Im Finanzjahr 2005 verblieb im ao. H. ein Fehlbetrag von rd. 488.000 Euro.

(4) Von den öffentlichen Einrichtungen verursachten 2005 Pfarrcaritaskindergarten, Krabbelstube und Hort Fehlbeträge von zusammen rd. 261.000 Euro, die Wasserversorgung einen Fehlbetrag von rd. 21.000 Euro. Die Abwasserbeseitigung erwirtschaftete hingegen einen Überschuss von rd. 308.000 Euro. Zur Stärkung des Haushaltes sollten bei der Abwasserbeseitigung weiterhin die Mindestgebühren eingehoben und bei der Wasserversorgung die Kostendeckung angestrebt werden. Bei anderen öffentlichen Einrichtungen wären die Entgelte zu erhöhen.

(5) Nach dem mittelfristigen Investitionsplan hat das Vorhaben „Sanierung Volksschule, Hort, Turnsaal und Energiesparmaßnahmen“ mit förderbaren Kosten von rd. 2,63 Mio. Euro (ohne energiesparende Maßnahmen von rd. 1,03 Mio. Euro) Priorität neben der Sanierung der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und der Gemeindestraßen. Die freie Finanzspitze reicht nicht aus, um den voraussichtlichen Eigenfinanzierungsanteil für das anstehende Sanierungsvorhaben „Volksschule, Hort, Turnsaal und Energiesparmaßnahmen“ zu bedecken. Die Marktgemeinde ist daher gefordert, ihre freie Finanzspitze durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen.

(6) Thalheim möchte das Gemeindeamt und einen großen Veranstaltungssaal in ein neu zu errichtendes „Gemeindezentrum“ integrieren. Dieser Gebäudekomplex soll auf einem Grundstück neben dem Volksschulareal verwirklicht werden. Die Kosten dafür sind mit ca. 4 Mio. Euro geschätzt, und zwar ohne die Kosten für die neu zu schaffende Infrastruktur (zB Kreisverkehr, Tiefgaragen, Marktplatzgestaltung). Zur Finanzierung wären Erlöse von ca. 1 Mio. Euro aus dem Verkauf des Amtsgebäudes, des baubehördlich gesperrten Kinosaales und anderer Liegenschaften möglich.

Als Alternativen zu diesem Großprojekt wurde die „Sanierung des bestehenden Amtsgebäudes“ und der „Neubau eines großen Veranstaltungssaales“ sowie ein „kombinierter Neubau eines Gemeindeamtes mit Veranstaltungssaal am Standort Gemeindeplatz“ überlegt. Das bestehende Amtsgebäude ist zwar in einem guten Bauzustand, aber weder behindertengerecht noch energieoptimiert. Eine Sanierung würde maximal 1,48 Mio. Euro kosten, der Neubau eines großen Veranstaltungssaales ca. 2 Mio. Euro.

Der LRH sah keinen dringlichen Bedarf zur Errichtung des kostenintensiven „Gemeindezentrums“, da das bestehende Gemeindeamt vor wenigen Jahren bereits teilweise saniert wurde. Aufgrund der geringen freien Finanzspitze sollte von diesem Großprojekt „Gemeindezentrum“ Abstand genommen werden. Nach dem mittelfristigen Investitionsplan sind andere Vorhaben dringlicher zu finanzieren.

Aus wirtschaftlicher Sicht regte der LRH an, mittelfristig das bestehende Amtsgebäude zu sanieren und einen großen Veranstaltungssaal am Areal des gesperrten Kinosaales zu errichten. Der LRH errechnete bei dieser Variante „Sanierung des Gemeindeamtes und Neubau eines großen Veranstaltungssaales“ einen Kostenvorteil gegenüber der Errichtung eines „Gemeindezentrums“ von mindestens 600.000 Euro. Zusätzlich blieben die hohen Kosten für die erforderliche Infrastruktur erspart und die einzigen zwei gemeindeeigenen Baugründe im Ortszentrum weiterhin für Entwicklungsperspektiven verfügbar. Werden diese beiden



Vorhaben einzeln oder in kombinierter Form verwirklicht, sollte die Marktgemeinde im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten auch Finanzierungsalternativen wie zB Mietkauf prüfen.

(7) Bürgermeister und Amtsleiter waren bestrebt, die Gemeindeverwaltung sukzessive wirkungsorientiert auszurichten, was zu einer hohen Bürgerzufriedenheit führte. Die Verwaltung war mit 15,5 Personaleinheiten (PE) und der Bauhof mit 6 PE besetzt. Durch die Ausgliederung von Agenden bei der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und beim Kindergarten ergab sich 2005 ein durchaus günstiger Personalkostenanteil von 12,5 % der Ausgaben des o. Haushaltes. Dennoch war der LRH der Ansicht, dass bei einer produktorientierten Ausrichtung der Verwaltung und weiteren Dezentralisierung noch 0,5 PE eingespart werden könnten.

(8) Zusammenfassend sah der LRH folgende Einsparungspotentiale und Möglichkeiten zur Optimierung der Einnahmen:

- I. Anstelle der Errichtung eines neuen „Gemeindezentrums“ das bestehende Amtsgebäude sanieren und den Veranstaltungssaal am Areal des ehemaligen Kinosaaes neu bauen. Dadurch können Baukosten von mindestens 600.000 Euro und erhebliche Infrastrukturkosten eingespart werden. (siehe Pkt. 36.2.)**
- II. Produktkatalog umsetzen und Globalbudgets einführen. Dadurch können 0,5 PE bzw. jährlich ca.13.000 Euro eingespart werden. (siehe Pkt. 5.2.)**
- III. Doppelförderungen (Land) und geplante großzügige Förderungen bei Vereinsjubiläen überdenken und jährlich mindestens ca. 18.500 Euro einsparen. (siehe Pkt. 30.2.)**
- IV. Kindergarten- und Horttarife erhöhen und jährlich Mehreinnahmen von mindestens ca. 10.000 Euro erzielen. (siehe Pkte. 25.2. und 27.2.)**
- V. Wasserbezugsgebühren kostendeckend festsetzen und dadurch jährlich ca. 27.000 Euro mehr einnehmen. (siehe Pkt. 28.2.)**

## Strukturelle Entwicklung der Marktgemeinde

- 1.1. Durch die Nähe zur Stadt Wels erreichte Thalheim (5.600 Einwohner) in den letzten Jahren als Wohngemeinde einen Bevölkerungszuwachs. Thalheim kooperiert intensiv mit Wels, zB beim Einsatz öffentlicher Verkehrsmittel, bei der Straßenreinigung, bei Inanspruchnahme eines Salzstreusilos sowie eines Bücherbusses und beim Einkauf von Bauhof- u. Büromaterial. Auch die Errichtung des „Trodasteges“, einer Rad- und Fußgängerverbindung über die Traun erfolgte gemeinsam mit Wels, dem Land Oö. und dem Verein „Trodasteg“. Thalheim profitiert auch wirtschaftlich von den Infrastruktureinrichtungen der Stadt.

Die Gemeinde positionierte sich durch aktive Betriebsansiedlungspolitik als Wirtschaftsstandort für 274 Betriebe mit insgesamt rd. 2.300 Beschäftigten. 2005 wurden weitere ca. 150.000 m<sup>2</sup> landwirtschaftlicher Grund in Betriebsbaugebiet umgewidmet.

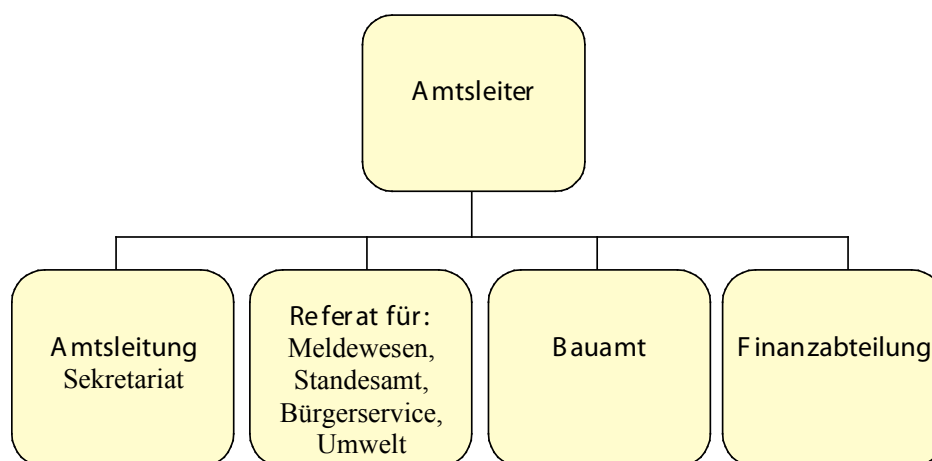
- 1.2. Der LRH anerkannte die Bemühungen der Marktgemeinde zur Ansiedelung von Betrieben. Für positiv hielt er auch die Synergien aus der interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Wels.

## Organisation

### Aufbauorganisation

- 2.1. Die Gemeindeverwaltung gliedert sich in Amtsleitung, Finanzverwaltung und Bauabteilung. Darüber hinaus wurde für die Agenden des Bürgerservice, Schülerhortes sowie des Umwelt-, Melde- und Standesamtes ein eigenes Referat eingerichtet.

Die Aufbauorganisation stellt sich wie folgt dar:



- 2.2. Aufgrund des gehobenen Stellenwertes des Bürgerservice und der Vergrößerung des Schülerhortes sollte nach Ansicht des LRH überlegt werden, für die allgemeine Verwaltung eine eigene Abteilung zu schaffen und das bisherige Referat in diese einzugliedern.

### Ablauforganisation

- 3.1. Im Jahr 2005 wurde mit einem externen Berater nach erfolgter Aufgabenkritik und Analyse der Prozessabläufe ein Produktkatalog erstellt. Darauf basierend erfolgte eine produktorientierte Aufgabenverteilung auf die Bediensteten.
- 3.2. Der LRH begrüßte die Initiative für einen Produktkatalog. Dadurch ergab sich eine effiziente

Bündelung der Agenden bei den Mitarbeitern und die Vermeidung von Aufgabenüberschneidungen. Der LRH sah positive Auswirkungen auf die Motivation und das Verantwortungsbewusstsein der Bediensteten. Die Unterscheidung zwischen gesetzlichen und freiwilligen Aufgaben wurde transparenter sowie Schulungserfordernisse sichtbarer. Es wurde hiermit auch die Voraussetzung für eine Kostenrechnung geschaffen.

### ***Wirkungsorientierte Verwaltungsführung***

- 4.1. Als Maßstab für eine qualitätsvolle öffentliche Verwaltung gelten die konzeptionellen Grundlagen von New Public Management (NPM bzw. WOV - wirkungsorientierte Verwaltungsführung), der Kriterienraster des Common assessment framework (CAF) und die Elemente der Public Governance („politische Steuerung“). Diesen Grundlagen kommt bei der Verwaltungsmodernisierung der Gemeinden zunehmende Bedeutung zu, zumal auch das Land Oö. den Weg einer wirkungsorientierten Verwaltung eingeschlagen hat.

Nach diesem Konzept soll die Fach- und Ressourcenverantwortung möglichst umfassend bei den Ausführenden liegen. Die Führungskräfte der Verwaltung sollen den Gemeindevorstand bei der Vorbereitung der strategischen Steuerung und Planung unterstützen.

- 4.2. Der LRH lobte die vom Bürgermeister und Amtsleiter gesetzten Initiativen für eine Ziel- und wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Die Bürger- und Kundenorientierung ist in der Gemeindeverwaltung in einem hohen Maße ausgeprägt. Umfrageergebnisse weisen auf eine große Bürgerzufriedenheit hin. Der LRH sah lediglich in einzelnen Bereichen Verbesserungsmöglichkeiten:

- Kostenbewusstsein in Politik und Verwaltung durch schrittweise Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung ausbauen.
- Personalentwicklung forcieren und Weiterbildungskonzept erstellen.
- Geschäftsprozesse definieren und sukzessive Qualitätsstandards festlegen.
- Bürgerservicestelle räumlich verbessern und entsprechende Adaptierungsmaßnahmen vornehmen.
- Aufbau eines Controlling mit Einführung der Kostenrechnung zur Messung des Ressourceneinsatzes.
- Folgekostenberechnungen vor Inangriffnahme kostenintensiver Vorhaben anstellen.
- Globalbudgets für Feuerwehren und Volksschule gemäß den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten einführen.

### ***Personalstand und Dienstposten***

- 5.1. Für die Hauptverwaltung sind lt. Dienstpostenplan 17 PE vorgesehen, wovon bis März 2006 15,5 PE<sup>1</sup> besetzt waren. Das weitere Personal verteilt sich auf:

Bauhof	6,0 PE
Schülerhort	3,4 PE
Schulwarte u. Reinigungskräfte VS, LMS	2,4 PE

<sup>1</sup> Hievon waren eine Bedienstete (1 PE) in Karenz und eine Bedienstete (1 PE) ab März 2006 ausgeschieden.

- 5.2. Der LRH beurteilte die personelle Besetzung der Gemeindeverwaltung als angemessen. Er hob das Engagement der Amtsleitung und die Leistungsbereitschaft der Verwaltung positiv hervor. Der LRH sah bei der Nachbesetzung von Dienstposten ein Einsparungspotential von 0,5 PE bzw. jährlich ca. 13.000 Euro. Somit ergäbe sich künftig ein voraussichtlicher Personalstand von 15 PE. Diese Einsparung ist durch die produktorientierte Ausrichtung der Verwaltung und der weiteren Dezentralisierung (zB Globalbudgets) zu erwarten.

Der LRH bezeichnete den mit Fahrzeugen gut ausgestatteten Bauhof als personell schlank besetzt. Er wies darauf hin, dass der Bauhof neben der Instandhaltung auch den Winterdienst auf 49 km Gemeindestraßen und teilweise auf dem ca. 27 km Landesstraßen- und Güterwegenetz durchführt.

## Haushalts- und Finanzsituation

### Haushaltsergebnisse

- 6.1. Die Haushaltsrechnung zeigte in den letzten Jahren folgende Ergebnisse (Beträge in Tausend Euro):

Jahr	Ordentlicher Haushalt	Außerordentlicher Haushalt	Gesamthaushalt
2003	41,2	-578,0	-536,8
2004	85,5	-787,3	-701,8
2005	78,0	-488,0	-410,0

Das Ausgabevolumen des Gesamthaushaltes 2005 verteilte sich mit rd. 7,706 Mio. Euro auf den o. H. und rd. 1,382 Mio. Euro auf den ao. H.

Der o. H. konnte immer ausgeglichen werden. Dies war jedoch nur möglich, weil 2003 und 2004 Einnahmen aus Interessentenleistungen von rd. 223.500 Euro und Gebührenüberhänge als Verstärkungsmittel herangezogen wurden. Außerdem erfolgte 2003 eine Rückführung vom ao. H. an den o. H. von rd. 35.900 Euro.

Der Ausgleich im ao. H. konnte seit 2002 nicht mehr erreicht werden. Die Gründe dafür waren die Intensivierung der Baumaßnahmen, die nicht mit dem Baufortschritt konforme Finanzierung und zu geringe Beitragsleistungen aus dem o. H. Zur verringerten Beitragsleistung des o. H. trug vor allem das Einsetzen hoher Leasingraten für die Errichtung des Kommunalgebäudes bei.

- 6.2. Der LRH stellte fest, dass Thalheim zu den finanzkräftigsten Gemeinden des Landes zählt. Die Marktgemeinde war auch um eine wirtschaftliche Haushaltsführung bemüht. Die Investitionstätigkeit wurde ab 2003 stark eingeschränkt, die Einnahmensituation vor allem durch Erhöhung der Kanalgebühren verbessert und ausgabenseitig gespart.

Der LRH empfahl, die Investitionspolitik – auch bei alternativen Finanzierungsformen - an die Leistungsfähigkeit des Haushaltes anzupassen.

### **Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung**

- 7.1. Der nach der VRV geforderte RQ ist dem Begriffssystem des ESVG 95 nachgebildet. Er dient der Ermittlung des Maastricht-Ergebnisses und stellt wirtschaftliche Sachverhalte übersichtlich dar. Auch der MFP baut auf dem RQ auf.

Nachstehende Tabelle (Beträge in Tausend Euro) zeigt den RQ in verdichteter Form. Die Details dazu sind der Anlage 1 zu entnehmen und werden in den nachfolgenden Punkten näher erläutert.

KZ	Bezeichnung	2003	2004	2005	04/05
		Summe o. + ao. H.			Veränderung
	<b>Laufenden Gebarung</b>				
19	Einnahmen	6.932,6	7.110,4	7.580,0	7 %
29	Ausgaben	7.030,5	7.023,5	6.835,9	-3 %
91	Saldo 1: Ergebnis laufende Gebarung	-97,9	86,9	744,1	756 %
	<b>Vermögensgebarung</b>				
39	Einnahmen	915,2	719,8	337,9	-53 %
49	Ausgaben	1.254,7	846,9	533,3	-37 %
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-339,6	-127,1	-195,5	-54 %
	Saldo 1 und Saldo 2	-437,5	-40,2	548,6	1.464 %
	<b>Finanztransaktionen</b>				
59	Einnahmen	735,1	167,8	53,2	-68 %
69	Ausgaben	284,1	292,6	310,1	6 %
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	451,0	-124,8	-256,9	-106 %
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnung o./ao. H. u. ohne Abwicklungen	13,5	-165,0	291,7	277 %
82-86	Abwicklung Sollergebnis Vorjahre	-550,3	-536,8	-701,7	-31 %
<b>99</b>	<b>Administratives Jahresergebnis</b>	<b>-536,8</b>	<b>-701,7</b>	<b>-410,0</b>	<b>42 %</b>

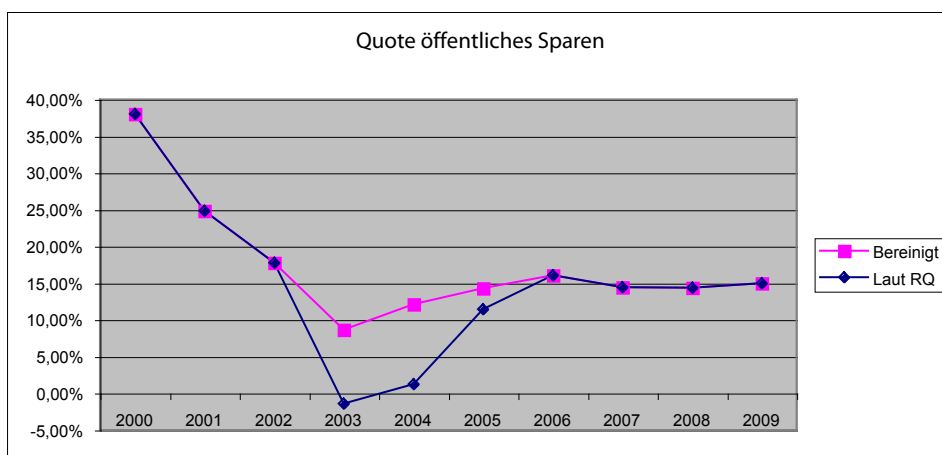
- 7.2. Der LRH stellte im mehrjährigen Vergleich Folgendes fest:
- Die Ergebnisse der laufenden Gebarung (Saldo 1 des RQ) schwankten in den letzten 3 Jahren zwischen -97.900 Euro und +744.100 Euro. Die Ergebnisse wurden durch hohe Kautionszahlungen für Leasingvorhaben beeinflusst. Diesen Kautionszahlungen standen aber auch hohe Einnahmen in der Vermögensgebarung gegenüber. Bei Außerachtlassung dieser Kautionszahlungen würde sich das Ergebnis der laufenden Gebarung 2003 auf rd. 545.100 Euro, 2004 auf rd. 751.800 Euro und 2005 auf rd. 902.400 Euro erhöhen. Die positive Entwicklung dieses bereinigten Saldos war darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben trotz Einsetzen von Leasingverpflichtungen und der jährlichen Zuwachsraten bei den LTZ an Gebietskörperschaften, fast konstant blieben. Bei den Einnahmen hingegen war eine deutlicher Zuwachs um rd. 5,6 % festzustellen.

- In der Vermögensgebarung führten rückläufige Investitionsausgaben und rückläufige Einnahmen zu einem geringeren Finanzierungsbedarf. Dies resultierte hauptsächlich aus der Entwicklung der Einnahmen für die zu leistenden Kauttionen und der sinkenden Investitionsausgaben.
- Das Ergebnis der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung (Saldo 1 und Saldo 2) ist ein Maß für die Eigenfinanzierungskraft der Marktgemeinde. Dieses Ergebnis war in den Jahren 2003 und 2004 negativ. Im Jahr 2005 wurde aber ein Überschuss von 548.600 Euro erzielt. Dieser positive Saldo 2005 bewirkte eine deutliche Verbesserung der Finanzsituation.
- Das Ergebnis der Finanztransaktionen belief sich 2003 auf 451.000 Euro. Dieses positive Ergebnis war vor allem deshalb möglich, weil die eingegangene Neuverschuldung wesentlich höher war als die Schuldenrückzahlung. Bedingt durch den Abbau des Schuldenstandes ergab sich 2004 und 2005 ein negativer Saldo bei den Finanztransaktionen.
- Das Jahresergebnis (Saldo 4) war ohne Vorjahresergebnisse 2005 mit 291.700 Euro positiv. Durch die Abwicklung negativer Vorjahresergebnisse ergab sich jedoch ein administratives Jahresergebnis von rd. -410.000 Euro. Dieser Fehlbetrag war deutlich niedriger als in den Vorjahren.

### Laufende Gebarung

#### Öffentliches Sparen im Überblick

- 8.1. Das öffentliche Sparen zeigt sich im Ergebnis der lfd. Gebarung. Lag die QSP<sup>2</sup> im Jahr 2000 noch bei 38 %, sank sie in den Folgejahren auf 24,9 % und 17,8 % und erreichte 2003 ihre niedrigste Marke mit 8,7 %. Bis 2005 stieg sie auf rd. 14,3 %<sup>3</sup> an. Bis 2009 wird sie sich zwischen 14,4 % und 16,0 % einpendeln.



- 8.2. Der LRH stellte fest, dass sich der finanzielle Spielraum bis Ende 2003 ständig verringerte und die getroffenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ab 2004 ihre Wirkung zeigten. Er wies darauf hin, dass die rückläufige Tendenz der Sparquote bis 2003 hauptsächlich darauf zurückzuführen war, dass sämtliche Ausgabenbereiche anstiegen insbesondere durch

2 Die QSP wird berechnet: Öffentliches Sparen (KZ 91)/laufende Ausgaben (KZ 29) abzüglich Gewinnentnahmen von Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben (KZ 17)\*100. Je höher die QSP ist, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung von Ausgaben der Vermögensgebarung und der Rückzahlung von Schulden zur Verfügung.  
 3 Quote lt. RQ bereinigt um die Kautionszahlungen für Leasingfinanzierungen (siehe Pkt. 7.2.).

- das Einsetzen der lfd. Leasingzahlungen als auch der Kautionszahlungen mit Mehrausgaben von rd. 916.700 Euro,
- das Ansteigen der LTZ an Gebietskörperschaften um rd. 518.100 Euro und
- höhere Gewerbeförderungen infolge der Inbetriebnahme des Geschäftszentrums „Traunuferarkade“.

Die steigende Tendenz der Sparquote ab 2004 war möglich, weil die Einnahmen anstiegen und die Ausgaben zurückgingen.

#### Eigene Steuern

- 9.1. Die eigenen Steuern und Abgaben (KZ 10) erhöhten sich von 2003 auf 2004 um rd. 87.000 Euro auf 2,719 Mio. Euro. 2005 sanken sie um rd. 187.000 auf rd. 2,532 Mio. Euro. Während die Grundsteuer stagnierte, stieg die Kommunalsteuer ständig an (insgesamt um rd. 104.800 Euro). Die Interessentenbeiträge schwankten, in dem sie 2004 anstiegen und 2005 zurückgingen. Durch den Wegfall der Aufschließungsbeiträge ergaben sich von 2003 bis 2005 per Saldo Mindereinnahmen von rd. 218.000 Euro.

Bei den Interessentenleistungen werden durch die Verwertung des neuen Betriebsbaugebietes Einnahmenezuwächse erwartet. Im MFP wurden beim Kommunalsteueraufkommen allerdings noch keine Mehreinnahmen eingerechnet.

Die Interessenten- und Aufschließungsbeiträge wurden bis 2002 dem ao. H. zugeführt. In den Jahren 2003 bis 2005 verstärkten zweckgebundene Interessentenleistungen mit rd. 223.500 Euro den o. H.

- 9.2. Der LRH stellte fest, dass Thalheim über eine hohe Steuerkraft verfügte, die sie im Jahr 2005 zu 75 % der Kommunalsteuer verdankte. Durch eine aktive Betriebsansiedlungspolitik erhöhte sich diese seit 2000 um 37 %.

Positiv hob der LRH hervor, dass die Marktgemeinde ihr Steuer- und Abgabepotential im Bezug auf das ROG rechtzeitig ausschöpfte. Außerdem wird sie auf privatrechtlicher Basis Infrastrukturbeiträge von 6,5 Euro je m<sup>2</sup> für die Umwidmung landwirtschaftlicher Gründe in Betriebsbaugebiet einheben.

Der LRH wies darauf hin, dass Interessentenleistungen grundsätzlich zweckgebunden zu verwenden sind.

#### Ertragsanteile

- 10.1. Die Ertragsanteile (KZ 11) stiegen seit 2003 um rd. 212.300 Euro und lagen 2005 mit rd. 2,663 Mio. Euro erstmals um rd. 130.700 Euro über dem eigenen Steueraufkommen. Während für 2006 mit einem leichten Rückgang gerechnet wird, sind bis 2009 wiederum Steigerungsraten zwischen 5,4 % und 4 % prognostiziert.
- 10.2. Der LRH hielt fest, dass sich Thalheim durch die steigende Bevölkerungsentwicklung einen höheren Anteil an den Bundesertragsanteilen sicherte.

#### Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen

- 11.1. Die unter KZ 12 zusammengefassten Gebühreneinnahmen beliefen sich 2003 und 2004 auf rd. 1,1 Mio. Euro und stiegen 2005 um rd. 268.300 Euro.
- 11.2. Der LRH stellte den Einnahmenezuwachs hauptsächlich bei der ABA fest.

#### Personalaufwand

- 12.1. Die unter der KZ 20 dargestellten Leistungen für Personal waren seit Jahren mit durchschnittlich rd. 956.000 Euro konstant. Im Jahr 2005 hatten diese einen Anteil von rd. 14,1 % an den laufenden Ausgaben (bzw. 12,5 % an den o. Ausgaben).
- 12.2. Der LRH stellte fest, dass die Personalausgaben einen günstigen Anteil an den laufenden Ausgaben haben. Er sah den Grund zum Teil darin, dass der KG (Pfarrcaritas) und verschiedene Agenden teilweise ausgegliedert sind. Auch die mittlere Altersstruktur der Bediensteten sämtlicher Organisationsbereiche beeinflussten die Personalkosten positiv.

#### Verwaltungs- und Betriebsaufwand

- 13.1. Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand (KZ 24) sank wegen der weggefallenen Kautionszahlungen in den Jahren 2003 bis 2005 von 2,568 Mio. Euro auf rd. 2,013 Mio. Euro.
- 13.2. Der LRH wies darauf hin, dass sich lt. MFP dieser Aufwand jährlich bei ca. 1,9 Mio. Euro einpendeln wird.

#### Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts

- 14.1. Die LTZ an Träger des öffentlichen Rechts (KZ 26) stiegen in den letzten 3 Jahren von 2,258 Mio. Euro auf rd. 2,435 Mio. Euro an. Im Jahr 2005 stellten sie mit rd. 32 % den größten Anteil an den Ausgaben des o. H. dar. Der Großteil dieser Ausgaben entfiel mit rd. 83 % auf die SHV-Umlage, den Krankenanstaltenbeitrag und die Landesumlage. 2004 und 2005 betrug die Steigerungsraten 7,7 % bzw. 2,6 %. Im VA 2006 und im MFP sind jährliche Erhöhungen von ca. 6,5 % berücksichtigt.
- 14.2. Der LRH wies darauf hin, dass sich die rückläufige Ausgabendynamik durch einen im Jahr 2004 wesentlich geringeren Anstieg der SHV-Umlage ergab und 2005 beim Krankenanstaltenbeitrag der Vorjahresbetrag sogar unterschritten wurde.

### ***Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen***

#### Einnahmenentwicklung

- 15.1. Die Einnahmen der Vermögensgebarung sind von 2003 bis 2005 von 915.200 Euro auf rd. 337.900 Euro gesunken. Bei diesen Einnahmen handelte es sich beinahe ausschließlich um KTZ von Trägern des öffentlichen Rechtes (KZ 33) für ao. Vorhaben.
- 15.2. Der LRH stellte fest, dass dieser Einnahmenrückgang aus der nachgängigen Finanzierung des Landes für die hohen Investitionen, als auch Leasingvorhaben resultierte.

#### Ausgabenentwicklung

- 16.1. Die Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen beliefen sich 2003 auf rd. 1,255 Mio. Euro und sanken bis 2005 auf rd. 533.000 Euro. Die hohen Ausgaben des Jahres 2003 sind hauptsächlich auf die Kanal- und Straßenbauvorhaben zurückzuführen.
- 16.2. Der LRH bemerkte, dass das Investitionsvolumen in den letzten Jahren sukzessive zurückging. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Marktgemeinde bereits in den Jahren 2001 und 2002 wesentlich höhere Investitionen im eigenen Haushalt tätigte (2001 rd. 1,5 Mio. Euro, 2002 rd. 2,6 Mio. Euro) und darüber hinaus ein zusätzliches Investitionsvolumen von rd. 3,9 Mio. Euro über Leasing finanzierte.



## **Finanztransaktionen**

### Einnahmenentwicklung

- 17.1. Die Einnahmen aus Finanztransaktionen sanken von rd. 735.000 Euro im Jahr 2003 auf rd. 53.200 Euro im Jahr 2005.
- 17.2. Der LRH stellte fest, dass die hohen Finanztransaktionen im Jahr 2003 überwiegend aus Darlehensaufnahmen für den Kanalbau resultierten. Weitere Einnahmen ergaben sich aus der teilweisen Auflösung der Kanalbaurücklage.

### Ausgabenentwicklung

- 18.1. Die Finanztransaktionen stiegen seit 2003 von rd. 284.100 Euro auf rd. 310.100 Euro an.
- 18.2. Der LRH wies darauf hin, dass sich diese Finanztransaktionen hauptsächlich aus Schuldentrückzahlungen zusammensetzten.

## **Mittelfristige Finanzplanung 2006 – 2009**

Der MFP enthielt die Ermittlung der Budgetspitze, die Entwicklung des o. H., des ao. H. und der Maastricht-Ergebnisse sowie den Investitionsplan mit den jeweiligen Finanzierungen.

### Budgetspitze

- 19.1. Die aus dem öffentlichen Sparen abgeleitete Budgetspitze<sup>4</sup> betrug 2005 rd. 474.000 Euro. Für 2006 wurde sie mit rd. 646.300 Euro prognostiziert. Sie soll bis 2009 auf rd. 675.000 Euro ansteigen.
- 19.2. Nach Meinung des LRH finanzieren die künftigen Budgetspitzen den Fehlbetrag im ao. H. 2005 und die im MFP vorgesehenen Investitionen im Straßen- und Kanalbau. Die verbleibenden frei verfügbaren Mittel von ca. 160.000 Euro reichen jedoch nicht aus, um den Eigenfinanzierungsanteil am geplanten Vorhaben „VS-Sanierung“ vollständig zu finanzieren.

Der LRH hielt es für notwendig, die Budgetspitze durch Umsetzung der im Gutachten aufgezeigten Maßnahmen (zB Pkte. 5.2., 25.2., 27.2., 28.2., 30.2.) und Einsparungspotentiale zu erhöhen. Dies sollte unabhängig von möglichen Mehreinnahmen aus dem neu geschaffenen Betriebsbaugelände erfolgen.

### Maastricht-Ergebnis

- 20.1. Das Maastricht-Ergebnis war lt. RQ in den letzten Jahren abwechselnd positiv oder negativ (2003 rd. 133.100 Euro, 2004 rd. -153.900 Euro und 2005 rd. 388.100 Euro).

Lt. MFP werden für 2006 ein negatives von rd. 121.600 und in den Folgejahren wieder positive Ergebnisse (46.000 Euro, 468.000 Euro und 321.000 Euro) erwartet.

Durch die Verrechnung von Investitions- und Tilgungszuschüssen des Bereiches „Hoheitsverwaltung“ an den Bereich „Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit“ nutzte die Marktgemeinde seit 2003 die Möglichkeit, das Maastricht-Ergebnis zu optimieren, allerdings wurden diese zu hoch bemessen.

- 20.2. Der LRH stellte fest, dass in der FAG Periode 2001 bis 2004 das Ziel eines ausgeglichenen Ergebnisses um rd. 734.200 Euro verfehlt wurde. Für die Periode 2005 bis 2008 wird ein positiver Saldo von rd. 781.100 prognostiziert.

<sup>4</sup> Die freie Finanzspitze wird errechnet: Öffentliches Sparen abzüglich Tilgungen, IB und sonstige einmalige Einnahmen, zuzüglich Tilgungszuschüsse und sonstige einmalige Ausgaben.

Der LRH wies darauf hin, dass nur der negative Saldo, der sich bei der Überrechnung des Jahresergebnisses ergibt, maximal in Höhe der tatsächlichen Ausgaben für Investitionen und Darlehensrückzahlungen als Zuschuss verbucht werden kann.

#### Investitionsplan

- 21.1. Der Investitionsplan weist für 2006 Einnahmen von 1,261 Mio. Euro und Ausgaben 1,432 Mio. Euro aus. Für die Jahre 2007 bis 2009 sind Investitionen von 4,47 Mio. Euro geplant, denen Einnahmen von 4,6 Mio. Euro gegenüberstehen.
- 21.2. Der LRH stellte fest, dass im Investitionsplan das Vorhaben „VS, Hort, Turnsaal, Energiesparmaßnahmen“ nur mit der ersten Bauetappe und einer Investitionssumme von lediglich 1,2 Mio. Euro enthalten ist. Weitere von der Marktgemeinde angedachte Projekte wie zB „Gemeindezentrum“ bzw. die Varianten „Sanierung des Gemeindeamtes und Neubau eines Veranstaltungssaales“ oder „Neuerrichtung eines Gemeindeamtes in Kombination mit einem Veranstaltungssaal am Standort Gemeindeplatz“ sowie „Hochbehälter“ liegen außerhalb des Planungshorizontes im MFP.

### ***Verschuldung***

#### Stand an Darlehen und sonstigen Finanzverbindlichkeiten

- 22.1. Der Stand an Darlehen belief sich im Jahr 2004 auf rd. 4,051 Mio. Euro und verringerte sich 2005 auf rd. 3,787 Mio. Euro. Davon waren rd. 3,219 Mio. Euro (inkl. rd. 542.500 Euro Investitionsdarlehen/BZ) den Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit zuzuordnen. Die restlichen 567.600 Euro entfielen auf Darlehen, deren Schuldendienst zur Gänze aus allgemeinen Deckungsmitteln zu tragen ist.

Lt. MFP sind ab 2006 Darlehensaufnahmen von 1,5 Mio. Euro für die Sanierung der WVA geplant.

Zur Verschuldung im weiteren Sinn zählen auch andere „kredit- oder darlehensähnliche“ Verbindlichkeiten, die zum Ende 2005 bereits ca. 70 % der Finanzschulden ausmachten und folgende Stände aufwiesen: Leasingverpflichtungen rd. 1,922 Mio. Euro; Haftungen gegenüber dem RHV rd. 709.300 Euro.

- 22.2. Der LRH stellte fest, dass Thalheim bisher um eine relativ geringe Finanzschuldenlast bemüht war. Er wies allerdings auf die in den letzten Jahren eingegangenen hohen Leasingverpflichtungen hin.

#### Auswirkungen der Schuldenlast auf den Haushalt

- 23.1. Für den Annuitätendienst (netto) aus den Finanzschulden mussten 2005 rd. 301.600 Euro aufgewendet werden. Davon waren rd. 68.300 Euro aus allgemeinen Deckungsmitteln und der Restbetrag aus den Gebührenhaushalten zu finanzieren. Die Annuitätenleistungen an den RHV beliefen sich auf rd. 42.000 Euro. Weiters belasteten Leasingraten von rd. 285.000 Euro und Kassenkreditzinsen rd. 18.500 Euro den Haushalt 2005.
- 23.2. Der LRH stellte fest, dass die Schuldenlast aus Finanzschulden relativ niedrig war. Der Verschuldungsgrad im weiteren Sinn lag aber aufgrund der hohen Leasingverpflichtungen bereits im mittleren Bereich.

## **Rücklagen**

- 24.1. Die in Vorjahren gebildeten Rücklagen beliefen sich Ende 2005 auf rd. 85.500 Euro. Davon betrafen rd. 65.500 Euro die Kanalarücklage, welche aus Interessentenleistungen gebildet wurde. Die übrigen 20.000 Euro waren für den Ankauf eines FF-Fahrzeuges gewidmet.
- 24.2. Nach Meinung des LRH wurden die Rücklagen bislang wirtschaftlich zweckmäßig als „Innere Darlehen“ zur Verstärkung der Liquidität verwendet. Allerdings ist lt. VA 2006 die Auflösung aller Rücklagen geplant.

## **Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen**

### Kindergarten

- 25.1. Der von der Pfarrcaritas geführte Halb- u. Ganztageskindergarten umfasst 8 Gruppen. Im Kindergartenjahr 2005/2006 war mit insgesamt 165 Kinder, unter Berücksichtigung von 5 Integrationskindern, eine volle Auslastung gegeben.

Zur Deckung des von der Pfarrcaritas der Marktgemeinde vorgeschriebenen Betriebsabganges inkl. der KG-Transportkosten wurden im Finanzjahr 2004 rd. 182.000 Euro und 2005 rd. 179.600 Euro aufgewendet.

Im Finanzjahr 2002 errechnete sich für die 183 Kinder ein Zuschussbedarf der Marktgemeinde von rd. 730 Euro pro Kind u. Jahr<sup>5</sup> für den Betrieb. Aufgrund der Betreuung von Integrationskindern und der gesetzlich gesenkten Kinderanzahl pro Gruppe, erhöhte sich der Zuschuss im Finanzjahr 2004 auf rd. 1.010 Euro und 2005 rd. 1.050 Euro pro Kind u. Jahr (ohne Krabbelstube).

Die für 10 Monate verrechneten Elternbeiträge wurden für die 16 Kinder aus Nachbargemeinden mit 141 Euro bzw. 161 Euro für den Halbtagsbesuch<sup>6</sup> und mit 175 Euro für den Ganztagsbesuch festgesetzt. Aufgrund einer Förderung der Marktgemeinde für ortsansässige Kinder beträgt der Elternbeitrag 85 Euro bzw. 95 Euro und 105 Euro. Für jährlich ca. 15 Sozialfälle werden separate, sozial gestaffelte Nachlässe von der Marktgemeinde direkt an die Eltern gewährt.

Mitte 2006 erarbeitet Thalheim mit der Pfarrcaritas ein Personaleinsatzkonzept auf Basis der neuen Kindereinschreibungsergebnisse.

- 25.2. Der LRH beurteilte den Zuschuss pro Kind und Jahr als angemessen. Er empfahl aber wegen der bedeutende Belastung des Gemeindehaushaltes, eine moderate Erhöhung der Elternbeiträge.

Der LRH regte an, die zusätzlichen Beiträge von täglich 3 Euro bzw. 5 Euro für die Einzelbetreuung am Nachmittag wegen des inkludierten Essensbeitrages (2,5 Euro) deutlich zu erhöhen. Er empfahl, den Transportkostenbeitrag kostendeckend einzuheben und eine Verwaltungstangente bei der Festsetzung der Elternbeiträge auch bei jenen für die Krabbelstube und den Hort zu berücksichtigen.

Der LRH sah das zu erarbeitende Personalkonzept als Anlass zu nehmen, für eine Optimierung des Personaleinsatzes und der Gruppenanzahl, insbesondere für die Nachmittagsbetreuung der 48 Kinder.

<sup>5</sup> Nach Abzug der Transportkosten und des Transportkostenzuschusses des Landes Oö.

<sup>6</sup> Je nach Besuchszeit bis 12 bzw. 14 Uhr.

### Krabbelstube

- 26.1. Die Betreuung von 10 Kleinkindern in der Krabbelstube verursachte im Finanzjahr 2005 einen Betriebsfehlbetrag von rd. 34.200 Euro bzw. von rd. 3.400 Euro pro Kind und Jahr.
- 26.2. Der LRH bewertete den Elternbeitrag von 210 Euro pro Kind und Monat als angemessen. Um das jährliche Defizit zu verringern, wäre eine Optimierung der Kinderanzahl auf die gesetzlich mögliche Höchstzahl anzustreben.

### Schülerhort

- 27.1. Der zweigruppig geführte Hort ist derzeit provisorisch im VS Gebäude untergebracht und auf 3 Stellen verteilt. Er ist mit 35 Kinder um 5 Kinder nicht voll ausgelastet. Der Schülerhort belastete den Gemeindehaushalt in den Jahren 2004 u. 2005 mit einem Fehlbetrag von durchschnittlich rd. 39.700 Euro.

Im Zuge der bevorstehenden Sanierung des VS Gebäudes werden separate Räumlichkeiten für einen 3-gruppigen Hort mit max. 60 Kinder errichtet.

- 27.2. Der LRH bemerkte, dass bei Führung eines 3-gruppigen Hortes auch der Bedarf für die geplante „Ganztagsbetreuung“ der VS-Kinder abgedeckt werden sollte.

Der LRH wies darauf hin, dass der Horttarif mit 72 Euro inkl. USt. und Materialkosten wesentlich unter den KG-Beiträgen für einen Halbtagesbesuch liegt. Er empfahl, spätestens mit Fertigstellung des Hortneubaues die Tarife zu erhöhen. Der LRH erwartete sich bei einer entsprechenden Tarifierhöhung jährliche Mehreinnahmen von ca. 10.000 Euro.

### Wasserversorgung

- 28.1. Der Betrieb der WVA, deren Wartung ausgegliedert wurde, verursachte 2003 und 2004 einen Fehlbetrag von insgesamt rd. 21.600 Euro. Im Jahr 2005 ergab sich ein Abgang von rd. 34.200 Euro. Lt. VA 2006 wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. Die Fehlbeträge resultieren aus den hohen Wasserverlusten von zuletzt rd. 63.000 m<sup>3</sup> (rd. 22 %) zwischen den vom E-Werke Wels eingekauften und an die Wasserbezieher verkauften Wassermengen. Dadurch ergaben sich Mehrkosten beim Einkauf von rd. 35.000 Euro.

Die Bezugsgebühr, welche gemäß Wasserlieferungsvertrag den von der Stadt Wels eingehobenen Wasserpreis nicht unterschreiten darf, lag seit 2005 geringfügig über der Mindestgebühr des Landes. Thalheim verfügt auch über eigene Quellen, welche jedoch die vorgeschriebenen Normwerte derzeit nicht erfüllen.

- 28.2. Der LRH hielt die 2006 beginnende Sanierung der WVA zur Behebung der hohen Wasserverluste für notwendig. Er regte an, künftig möglichst kostendeckende Bezugsgebühren festzusetzen. Aus den daraus resultierenden Mehreinnahmen von jährlich ca. 27.000 Euro können Finanzierungsmittel für die zu erwartenden Sanierungskosten von ca. 1,5 Mio. Euro bereitgestellt werden. Der LRH hob die Einhebung einer Bereitstellungsgebühr bei der WVA und ABA für nicht bebaute, aufgeschlossene Grundstücke positiv hervor. Er stellte aber fest, dass bei der WVA und ABA keine Grund- bzw. Mindestverbrauchsgebühr eingehoben wird.

Der LRH sah in der Ausgliederung der Wartung der WVA und ABA an die Linz-AG eine wirtschaftliche Vorgangsweise. Thalheim erspart sich dadurch die Vorhaltekosten für Betreuungspersonal, Fuhrpark, Geräte und Materialien.

Sobald die gemeindeeigenen Quellen die Normwerte erfüllen, sollten diese für die Wasserversorgung im Gemeindegebiet genutzt werden. Dadurch könnte die Marktgemeinde Kosten von bis zu 78.000 Euro im Jahr einsparen.

### Abwasserbeseitigung

- 29.1. Der Betrieb der ABA erwirtschaftete 2003 einen Überschuss von rd. 92.000 Euro. 2004 und 2005 beliefen sich die Überschüsse auf rd. 119.000 Euro bzw. 307.800 Euro. 2004 wurde der Betriebsüberschuss im o. H. belassen und 2005 mit einem Betrag von 120.000 Euro dem ao. Vorhaben „Sanierung Ortskanal“ zugeführt.

Die Benützungsgebühren entsprachen seit 2005 der Mindestgebühr des Landes. Damit lagen sie 2006 über der Kostendeckung von 1,88 Euro je m<sup>3</sup> verbrauchten Wassers. Thalheim ist Mitglied des Abwasserverbandes Welser Heide. Ab 2006 beginnt die Sanierung der ABA mit Kosten von ca. 650.000 Euro.

- 29.2. Der LRH empfahl zur Stärkung des Haushaltes und zur Finanzierung der Sanierung der ABA, weiterhin die Mindestgebühren einzuheben. Er wies auf die gesetzliche Möglichkeit hin, die Benützungsgebühren bis zum doppelten Ausmaß der Kostendeckung einzuheben.

Nach Meinung des LRH sollte die Marktgemeinde überlegen, eine Pauschalgebühr für die Herstellung der Hausanschlussleitung (vom Hauptstrang bis zur Grundgrenze) festzulegen. Bisher wurden diese Kosten von der Marktgemeinde getragen und in keiner Weise den Anschlusspflichtigen angelastet.

### **Sonstige Feststellungen**

#### Förderwesen

- 30.1. Die gesamten Förderausgaben betrugen 2004 rd. 307.300 Euro und verminderten sich 2005 auf rd. 252.000 Euro. Hierin sind die Abgangsdeckungen des Caritas-Kindergartens und der Krabbelstube nicht enthalten.

Auf Förderungen mit Sachzwang entfielen 2005 rd. 141.500 Euro, welche gegenüber dem Vorjahr durch die geringere Gewerbeförderung rückläufig waren. Auf Förderungen ohne Sachzwang entfielen rd. 110.500 Euro. Im VA 2006 wurden für solche freiwilligen Förderungen rd. 140.700 Euro präliminiert. Diese Beträge beinhalten auch Förderungen von 18.500 Euro für Alternativenergien und die Landwirtschaft, wofür bereits seitens Landes eine Förderung besteht.

- 30.2. Der LRH stellte fest, dass die rückläufigen Ausgaben auf die auslaufende Gewerbeförderung für das seit 2000 bestehende Geschäftszentrum „Traunuferarkade“ und die effizientere Organisation des Sammeltaxis zurückzuführen sind. Verglichen mit anderen Gemeinden dieser Größenordnung können die gesamten Förderausgaben 2005 als angemessen bezeichnet werden. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Marktgemeinde 2005 im Wesentlichen um eine effiziente Förderpolitik bemüht war.

Der LRH wies darauf hin, dass die für 2006 veranschlagten Förderausgaben ohne Sachzwang jedoch den ab diesem Jahr geltenden Richtsatz des Landes um rd. 10,2 Euro pro Einwohner überschreiten. Er regte vor allem auch deshalb an, die Doppelförderungen (Land/Gemeinde) zB im Bereich der Energie und der Landwirtschaft von insgesamt rd. 18.500 Euro zu überdenken und die großzügigen Förderungen bei Vereinsjubiläen zu reduzieren.

Der LRH wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass von der Marktgemeinde neben den monetären Förderungen auch die Erhaltungskosten für die den Vereinen teilweise gratis zur Verfügung gestellten Kultur- und Sporteinrichtungen getragen werden.

### Feuerwehren

- 31.1. Thalheim verfügt über 3 Freiwillige Feuerwehren (Thalheim, Bergerndorf und Edtholz). Bei den FF ist 2004 und 2005 ein durchschnittlicher Betriebsaufwand von insgesamt ca. 81.000 Euro (ohne Leasingverpflichtungen von ca. 167.000 Euro) entstanden. 2006 sind auch Investitionen von ca. 87.000 Euro und in den Folgejahren die Erneuerung eines Löschfahrzeuges zu erwarten.
- 31.2. Nach Ansicht des LRH ist die FF Thalheim im neu errichteten Feuerwehrhaus zentral positioniert und gut ausgestattet. Er wies darauf hin, dass bei den FF Bergerndorf und Edtholz die Depoträumlichkeiten sowie Teile der Einrichtung zur Unterbringung der Mannschaft und der Einsatzfahrzeuge nicht mehr den Feuerwehrvorschriften entsprechen.

Der LRH empfahl, den Erneuerungsbedarf zum Anlass zu nehmen, um bei der Anzahl und Ausstattung der künftigen Fahrzeug- und Geräteankäufe gezielte Schwerpunkte zu setzen. Er regte in Hinblick auf einen effizienteren Mitteleinsatz an, die Aufrechterhaltung von 3 FF unter Beachtung prioritärer Gefahren- und Einsatzbereiche mittelfristig zu überdenken.

### Globalbudget

- 32.1. Die Marktgemeinde hat bisher zur selbständigen Abwicklung von Aufträgen bzw. Bestellungen für den laufenden Betrieb der Volksschule und der Feuerwehren kein Globalbudget vorgesehen.
- 32.2. Nach Ansicht des LRH sollte dieses Instrument im Sinne des § 23 GemHKRO in vollem Umfang eingesetzt werden. Durch die Intensivierung des flexiblen Einsatzes von Budgetmitteln können auch Anreize zum sparsamen Mitteleinsatz gegeben und die Eigenverantwortung der handelnden Personen gestärkt werden.

## ***Außerordentliche Vorhaben***

### VS, Hort, Turnsaal, Energiesparmaßnahmen

- 33.1. Die Sanierung der VS, des Hortes und Turnsaales inkl. energiesparender Maßnahmen hat für die Marktgemeinde oberste Priorität. Die vom Land als förderbar anerkannten Sanierungskosten belaufen sich auf rd. 2,63 Mio. Euro ohne USt. Diese erhöhen sich bei energiesparenden Maßnahmen um rd. 1,03 Mio. Euro ohne USt.
- 33.2. Der LRH wies darauf hin, dass die verbleibende Budgetspitze bis 2009 nicht ausreichen wird, um den voraussichtlichen Eigenfinanzierungsanteil von ca. einem Drittel, für dieses Bauvorhaben leisten zu können. Allerdings erwartet sich Thalheim eine höhere Landesförderung, weil ein geplanter Neubau einer Hauptschule nicht realisiert wurde. Der LRH meinte, dass zur Finanzierung auch eines der angrenzenden Grundstücke teilweise veräußert werden könnte.

### Kommunalgebäude

- 34.1. Mit der Errichtung eines Kommunalgebäudes im Ortszentrum für das Rote Kreuz, die Feuerwehr, den Bauhof und das Musikheim wurde 2001 begonnen. Im Gebäudekomplex ist auch der „Raikasaal“ und eine Tiefgarage untergebracht.

Die Baukosten inkl. Einrichtung wurden auf rd. 3,21 Mio. Euro ohne USt. geschätzt. Das mittels Leasing (mit Ausnahme der Einrichtung) finanzierte Projekt verursachte Bau-, Einrichtungs- und Finanzierungskosten von rd. 3,58 Mio. Euro inkl. teilweiser USt. Die Mehrkosten von rd. 370.000 Euro gegenüber der Kostenschätzung ergaben sich einerseits durch eine Unterschreitung der geschätzten Baukosten um rd. 280.000 Euro und andererseits durch zusätzliche Leistungen von rd. 575.000 Euro. Weiters schlugen Indexsteigerungen und USt. mit zusammen rd. 73.000 Euro zu Buche.

Entgegen dem Finanzierungsplan wurden wegen fehlender Eigenmittel in die Leasingfinanzierung um 245.000 Euro weniger Kautionszahlungen eingebracht als geplant. Dadurch erhöhten sich die bis 2018 zu leistenden Leasingraten um jährlich rd. 19.000 Euro.

Das Kommunalgebäude ist seit 2003 in Betrieb und benötigt ca. 34 % der gesamten Energie aller gemeindeeigenen Objekte. Eine seit März 2006 vorliegende Studie über Energieeinsparung empfahl Sanierungsmassnahmen.

- 34.2. Der LRH hielt den Standort des Kommunalgebäudes für zu wenig durchdacht. So waren nicht jederzeit verfügbare Oberflächenparkplätze zur raschen Einsatzbereitschaft der FF vorhanden. Dies erforderte die Errichtung einer Tiefgarage, deren Parkplätze neben jenen der FF aber grobteils nicht benützt werden. Zur Erreichbarkeit der Garageneinfahrt musste überdies eine private Zufahrtsstrasse zu einer Jahresmiete von rd. 8.000 Euro angemietet werden.

Der LRH anerkannte die Kosteneinsparung auf Basis der vergleichbaren Baukosten. Er wies aber auf das unvollständig ausgearbeitete Nutzungskonzept und auf die bedeutende Baukostenerhöhung aufgrund von Zusatzaufträgen hin. Er kritisierte die fehlende Folgekostenberechnung und das nicht ausreichend erstellte Raumerfordernis für den Bauhof, wodurch dieser auch in das ASZ ausweichen musste.

Der LRH bemerkte, dass jeweils für das Rote Kreuz, die FF und den Musikverein Aufenthaltsräume geschaffen wurden, die teilweise gastronomisch sehr gut ausgestattet sind, aber nur fallweise benützt werden. Dennoch verursachen sie aufgrund ständiger Betriebsbereitschaft nicht unbedeutende Heiz- u. Betriebskosten. Der LRH empfahl, die Durchführung einer Energieprüfung für Einsparungen in Auftrag zu geben. Weiters regte er an zu prüfen, ob der hohe Energieverbrauch auf Planungs- oder Ausführungsfehler beruht und Haftungsansprüche gegenüber dem Leasinggeber und sonstigen Dritten insbesondere den Projektanten bestehen.

#### Gemeindezentrum mit Veranstaltungssaal

- 35.1. Da die Marktgemeinde zwei Grundstücke im Nahbereich der Traun besitzt und diese Baulücke auch aus der Sicht des Ortsbildbeirates geschlossen werden sollte, wurde auf dem Areal der Neubau eines „Gemeindezentrums“ geplant. Das „Gemeindezentrum“ sollte vor allem das Gemeindeamt und einen großen Veranstaltungssaal als Ersatz für den gemeindeeigenen, baubehördlich gesperrten ehemaligen Kinosaal beinhalten. Der Veranstaltungssaal sollte Synergien nutzend an den Turnsaal der VS angebaut werden.

Nach einer hochbautechnischen Stellungnahme betragen die Errichtungskosten für das „Gemeindezentrum“ ca. 4 Mio. Euro ohne USt. Zusätzlich sind umfangreiche, vor allem verkehrstechnische Infrastrukturmaßnahmen wie zB Kreisverkehr, Tiefgarage bzw. PKW-Abstellplätze, Vorplatz- bzw. Marktplatzgestaltung und Lärmschutzmaßnahmen erforderlich, wofür keine Kostenschätzungen vorliegen.

Die Finanzierung des Projektes - jedoch ohne kostenintensive Infrastruktur – war durch den Verkauf des ehemaligen Kinos, des Amtsgebäudes und Marktplatzes sowie des „Raikasaales“ mit Einnahmen von insgesamt ca. 1 Mio. Euro geplant. Die restlichen Mittel von 3 Mio. Euro sollten durch Landesförderungen und Anteilsbetragsleistungen oder Darlehen aufgebracht werden.

- 35.2. Aufgrund der geringen freien Finanzspitze bis 2009 empfahl der LRH, von diesem kostenintensiven Projekt „Gemeindezentrum“ Abstand zu nehmen. Er wies darauf hin, dass nach dem mittelfristigen Investitionsplan dringlichere Vorhaben anstehen, deren Finanzierung vorrangig zu sichern ist.

Der LRH sah wegen den vor wenigen Jahren durchgeführten Sanierungsmassnahmen beim Amtsgebäude mit rd. 162.000 Euro und des lt. hochbautechnischer Stellungnahme guten

Bauzustandes, keinen dringlichen Bedarf für ein neues Gemeindeamt. Er meinte auch, dass sich Thalheim die einzigen zwei gemeindeeigenen Baugründe im Ortszentrum mit rd. 10.300 m<sup>2</sup> für Entwicklungsperspektiven großteils reservieren sollte.

Der LRH hielt die Errichtung eines eigenen großen Veranstaltungssaales für ca. 500 Personen für die Identität der Bevölkerung zur Marktgemeinde Thalheim für vertretbar, zumal sich Thalheim bislang wenig Einrichtungen im Freizeit- und Kulturbereich leistete. Er regte an, den Neubau eines großen Veranstaltungssaales von dessen Finanzierbarkeit abhängig zu machen und entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten (Mietkauf) zu prüfen.

#### Mögliche Alternativen

36.1. Von der Marktgemeinde wurden folgende Alternativen zum Projekt „Gemeindezentrum“ überlegt:

- „Sanierung des bestehenden Amtsgebäudes“ sowie „Neubau eines großen Veranstaltungssaales“ und
- „Neuerrichtung eines Gemeindeamtes in Kombination mit Veranstaltungssaal am Standort Gemeindeplatz“.

Durch die Sanierung sollte das bestehende Gemeindeamt behindertengerecht und energieoptimiert ausgestattet werden. Darüber hinaus ist es notwendig geeignete Räume für die Bürgerservicestelle zu schaffen und die EDV-Vernetzung zu modernisieren bzw. zu erweitern. Die Sanierungskosten wurden mit rd. 1,48 Mio. Euro ohne USt. und der Neubau eines großen Veranstaltungssaales mit ca. 2 Mio. Euro ohne USt. geschätzt.

Für die Alternative „Neuerrichtung eines Gemeindeamtes in Kombination mit einem Veranstaltungssaal am Standort Gemeindeplatz“ gibt es derzeit keine Kostenschätzung. Diese kann daher vom LRH nicht näher beurteilt werden.

36.2. Der LRH meinte, dass der derzeitige Sanierungsentwurf für das bestehende Gemeindeamt optimale Adaptierungsmaßnahmen vorsieht und die Kostenschätzung auf einem maximalen Kostenrahmen basierte. Er regte an, bei diesem Projekt Kosteneinsparungen zu prüfen.

Hinsichtlich dem geplanten Veranstaltungssaal hielt der LRH fest, dass bisher weder eine Bedarfserhebung unter Beachtung diesbezüglicher Infrastruktur bei den Nachbargemeinden noch eine Folgekostenberechnung professionell erstellt wurden. Nach dem Nutzungskonzept der Marktgemeinde ergeben sich jährlich ca. 32 von verschiedenen Institutionen „gewünschte“ Veranstaltungen mit einem Saalbedarf für 250 bis 500 Personen.

Der LRH stelle fest, dass aufgrund einer Standortbewertung eines Architekten das Areal des ehemaligen Kinosaales gegenüber dem bestehenden Gemeindeamt für einen Neubau eines Veranstaltungssaales als gut befunden wurde. Bei einem Neubau an diesem Standort würde auch der Marktplatz aufgewertet werden, der vor einigen Jahren um 214.000 Euro neu gestaltet wurde. Überdies wäre die erforderliche Infrastruktur - insbesondere ausreichend Parkplätze - vorhanden.

In Hinblick auf die geringe freie Finanzspitze bis 2009 regte der LRH an, auch den Neubau eines Veranstaltungssaales sowie die Sanierung des Gemeindeamtes bzw. eine kombinierte Alternative von der Finanzierbarkeit, unter optimaler Nutzung des im Zentrum nur mehr begrenzt vorhandenen gemeindeeigenen Grundvermögens, abhängig zu machen. Er empfahl, sowohl für die Finanzierung bzw. Realisierung die Wirtschaft einzuladen, wobei die Interessen der Marktgemeinde betreffend die Benützung des Saales gewahrt werden müssten.



Der LRH errechnete bei der Variante „Sanierung des bestehenden Gemeindeamtes und Neubau eines großen Veranstaltungssaales am Areal des Kinosaaales“ im Vergleich mit der Errichtung eines „Gemeindezentrums“ ein Einsparungspotential auf Grundlage der vorliegenden Kostenschätzungen von jedenfalls ca. 600.000 Euro. Zusätzlich blieben die bedeutenden Kosten für die erforderliche Infrastruktur erspart und überdies die gemeindeeigenen Grundreserven im Ortszentrum erhalten.

1 Anlage

1 Beilage

Linz, am 18. Juli 2006

Dr. Helmut Brückner  
Direktor des Oö. Landesrechnungshofes



Teil 2		Vermögensgebarung			
KZ	Bezeichnung	2003	2004	2005	04/05
		Summe o. + ao. H.			
		in 1000 Euro			in %
	<b>Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>				
30,31,32	Veräußerung von Vermögen	14,7	5,1	10,4	103
33	Kapitaltransferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	879,3	714,7	326,4	-54
34	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	21,2	0,0	1,1	0
39	<i>Summe 3: Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</i>	915,2	719,8	337,9	-53
	<b>Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>				
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	1.148,6	772,6	459,2	-41
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	94,8	68,2	67,6	-1
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	0,0	6,1	3,2	-47
43	Kapitaltransferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	3,4	0
44	Sonstige Kapitaltransferzahlungen	11,3	0,0	0,0	0
49	<i>Summe 4: Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</i>	1.254,7	846,9	533,3	-37
92	<b>Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</b>	<b>-339,6</b>	<b>-127,1</b>	<b>-195,5</b>	<b>-54</b>
	<b>Saldo 1 + Saldo 2</b>	<b>-437,5</b>	<b>-40,2</b>	<b>548,6</b>	<b>1.465</b>
	<b>Einnahmen aus Finanztransaktionen</b>				
50	Veräußerung v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0
51	Entnahmen aus Rücklagen	103,1	124,6	0,0	-100
52	Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen	0,0	0,0	0,0	0
53	Entnahmen aus Rückzahlung von Bezugsvorschüssen	2,7	2,6	3,5	37
54	Aufnahmen Finanzschulden von Trägern d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	3,4	0
55	Aufnahme Finanzschulden von anderen Trägern	600,0	0,0	0,0	0
56	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	29,4	40,6	46,3	14
59	<i>Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen</i>	735,1	167,8	53,2	-68
	<b>Ausgaben aus Finanztransaktionen</b>				
60	Erwerb v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0
61	Zuführung an Rücklagen	0,0	20,0	0,0	-100
62	Gewährung von Darlehen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0
63	Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	3,6	0,0	0,0	0
64	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern d. öffentl. Rechts	1,9	1,0	0,0	-100
65	Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen Trägern	249,3	230,9	263,8	14
66	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	29,4	40,6	46,3	14
69	<i>Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen</i>	284,1	292,6	310,1	6
93	<b>Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen</b>	<b>451,0</b>	<b>-124,8</b>	<b>-256,9</b>	<b>-106</b>
94	<b>Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnungen zwischen o. und ao. H.</b>	<b>13,5</b>	<b>-165,0</b>	<b>291,7</b>	<b>277</b>
82-86	Abwicklung Sollergebnisse Vorjahre	-550,3	-536,8	-701,7	-31
99	<b>Administratives Jahresergebnis</b>	<b>-536,8</b>	<b>-701,7</b>	<b>-410,0</b>	<b>42</b>

**AKTENVERMERK**

Gegenstand: Schlussbesprechung über das Gutachten betreffend Marktgemein-  
de Thalheim bei Wels  
Aktenzahl: LRH-210003-2006-Bi  
Ort und Datum: Marktgemeinde Thalheim b. Wels, am 19.6.2006  
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Bürgermeister Edlinger Gerhard  
Amtsleiter Jachs Leo  
Leiter der Finanzabteilung Griesbaum Thomas

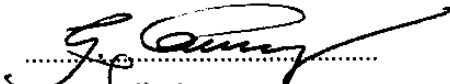
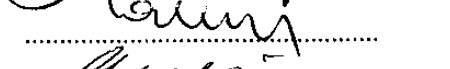

Mitglieder des LRH: Binder Josef (PL)  
Lenglachner Josef

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis des Gutachtens in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

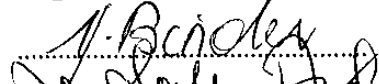
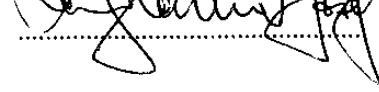
Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

  
.....  
  
.....  
  
.....

Mitglieder des LRH:

  
.....  
  
.....

.....

.....

.....

.....